

Mitteilungen = Informations

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Kriminologisches Bulletin = Bulletin de criminologie**

Band (Jahr): **8 (1982)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

M I T T E I L U N G E N / I N F O R M A T I O N S

Prof.Dr.iur. Günther Kaiser, Professor für Kriminologie und Strafrecht an der Zürcher Universität, zum Willkomm!

Mit Beginn des WS 1982/83 wird die Kriminologie in der Schweiz durch einen international bekannten Forscher und Lehrer bereichert: durch Günther Kaiser, den Direktor des Max Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg i.Br.. Diesen Posten wird Herr Kaiser auch künftig behalten und in Zürich nur beschränkt lesen, zunächst eine "Einführung in die Kriminologie".

G. Kaiser wurde 1928 im Harz geboren, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er besuchte die Volks- und Mittelschulen in seinem Geburtsort Walkenried und in Ellrich, dann das Braunschweig-Kolleg in Braunschweig, das er 1951 abschloss. 1951/52 absolvierte er das Studium generale am Leibniz-Kolleg der Universität Tübingen, um dann 1952 - 1956 an dieser Universität und auch in Göttingen die Rechte zu studieren. 1956 legte er die 1. juristische Staatsprüfung ab, 1960 die zweite. Dazwischen war er im juristischen Vorbereitungsdienst in Baden-Württemberg tätig. 1960 - 63 arbeitete G. Kaiser im höheren Justizdienst des Landes Baden-Württemberg als Zivil- und Strafrichter. 1962 promovierte er in Tübingen mit der Dissertation "Randalierende Jugend".

1963 - 69 war er wissenschaftlicher Assistent und Akademischer Rat an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen. 1969 habilitierte er sich an dieser Universität mit der Arbeit "Verkehrsdelinquenz und Generalprävention".

1970 wurde er wissenschaftliches Mitglied am Max-Planck-Institut und Leiter der dortigen kriminologischen Forschungsgruppe.

1971 ernannte ihn die Universität Freiburg i.Br. zum Honorarprofessor für Kriminologie und Strafrecht.

1973 wurde er Direktor des Max-Planck-Instituts.

1970 schon hatte er in Bonn und Münster, 1973 in Berlin und Würzburg Professuren für Kriminologie abgelehnt.

1964-65 und 1966-68 war er Consultant beim European Committee on Crime Problems des Council of Europe in Strasbourg

1979 weilte er als Gastprofessor am United Nations Far East Institute for Crime Prevention and the Treatment of Offenders in Fuchu/Tokio

1974 wurde er Mitherausgeber der Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft, Mitglied des Beirats der Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, des Rechts der Jugend und des Bildungswesens, sowie der Forschungsreihe des BKA in Wiesbaden

1972-81 war G. Kaiser Vorstandsmitglied der Gesellschaft für die gesamte Kriminologie

1980 wurde er Mitglied des Kuratoriums des Kriminologischen

Forschungsinstituts Niedersachsen in Hannover.

G. Kaiser dozierte 1969-70 an der Universität Tübingen, 1970 in Münster, 1970-82 in Freiburg i.Br., 1973-74 in Berlin, 1971-79 in Basel und 1975/76 bereits einmal in Zürich.

Vortragsreisen und Gastaufenthalte führten ihn 1975 nach Oxford und Cambridge, 1976 nach Tokio/Kyoto, Seoul und Taipeh, 1977 nach Danzig, Krakau und Lublin, 1979 nach Tokio und Sapporo, 1981 nach Pécs, Poznan und Warschau, 1982 nach Athen, Tokio/Kyoto, Sapporo und Seoul.

Wir können uns glücklich schätzen, dass ein derart eminenter Gelehrter zu den Dozenten einer schweizerischen Universität gehört. Wir wünschen ihm einen guten Anfang und eine langjährige Tätigkeit im Interesse der Entwicklung der Kriminologie in der Schweiz.

W.T.H.

Zum Rücktritt von Jugendanwalt Hans Kunz in Solothurn

Unser langjähriges Vorstandsmitglied lic.iur. Hans Kunz (Feldbrunnen) trat nach 39-jähriger Tätigkeit als Jugendanwalt des Kantons Solothurn in den wohlverdienten - äusseren - Ruhestand. Was jeder Jugendanwalt sein sollte, nämlich Pädagoge und Jurist, das lag bei Hans Kunz vor, der nach dem Besuch des Lehrerseminars noch ein juristisches Studium absolvierte. Letzteres war aber wohl eher eine notwendige Aeusserlichkeit, denn Hans Kunz war kein Formalist und Dogmatiker, sondern ein dem jeweiligen Menschen zugewandter verstehender Mitmensch, ein verständnisvoller Führer der ihm anvertrauten Jugendlichen.

Hans Kunz begann "klein" im Jahre 1943 mit einem Personalbestand von drei Personen, er verliess die Jugendanwaltschaft als kleines Amt mit mindestens 7 - 8 Fachleuten, darunter stets 1 bis 2 Praktikanten sozialer Schulen. Dass zu einem solchen Amt sehr viel Geduld und Glaube an das Gute im Menschen gehört, zeigte der Zurückgetretene in seiner Amtszeit immer wieder. Der Schreibende erinnert sich noch gut an seine erste Begegnung mit dem subtil vorgehenden Anwalt der Jugend im Jahre 1958, als es galt, ein Mädchen zu begutachten, das im mittelalterlichen "Käfig" (dem damaligen Untersuchungsgefängnis) in Solothurn eingesperrt war. "Therapie statt Strafe" war bei Hans Kunz "in", lange bevor man dieses Schlagwort in aller Leute Mund hörte. Wenn man aber diesem Prinzip nachleben will, gehören auch die notwendigen Einrichtungen - die es wie so vieles andere längstens auf dem Papier gibt - dazu. Hier zeigte Hans Kunz immer wieder mit dem Finger auf wunde Punkte, denn im Kanton Solothurn gibt es wohl Heimplätze, diese aber sind vor allem für Behinderte und nicht für die Klienten eines Jugendanwalts geschaffen worden. Es wäre eine Krönung des Lebenswerkes von Hans Kunz gewesen, wenn sein Kanton an dem er stets hing und noch hängt - hier vorwärts gemacht hätte - leider durfte er dies vor seiner Pensionierung nicht

mehr erleben.

Hans Kunz war aber nicht nur in seinem Fachbereich aktiv; auch in vielen öffentlichen Aemtern konnte man ihn antreffen: so war er von 1957 bis 1973 Gemeindepräsident seiner Wohngemeinde, gleichzeitig auch Kirchgemeindepräsident von Solothurn. Noch ist er Friedensrichter und Präsident der Vormundschaftsbehörde. Er ist Präsident der Pro Juventute Lebern, der kantonalen und städtischen Gemeinnützigen Gesellschaft, der Stiftung für das Pflegekind, der Stiftung evangelisch-reformierter Kinderheime des Kantons Solothurn. Politisch war er während mehr als 20 Jahren Präsident der freisinnigen Ortspartei seiner Wohngemeinde. Last not least hat sich Hans Kunz von Anbeginn unserer Bestrebungen, der Kriminologie ein Heimatrecht in der Schweiz zu schaffen, angeschlossen; er war uns stets ein wertvoller Berater, der mit uns am selben Strick zog, im Bestreben, letztlich der Prävention der Kriminalität zu dienen. Wir danken ihm dafür und hoffen, dass er noch lange Jahre weiterhin seinem Hauptlebenszweck, dem Menschen, dienen kann.

W.T.H.

Zum Tode des Wiener Kriminologen Konrad Schima

Am 22. August 1982 ist Prof.Dr.iur. Konrad Schima in seinen Ferien in Ischia im Meer ertrunken. Mit ihm verliert Oesterreich und wohl ganz Europa einen hoffnungsvollen und tüchtigen Kriminologen, von dem noch viel zu erwarten gewesen wäre.

1942 wurde der Verstorbene als Sohn eines Universitätsprofessors in Wien geboren. Dort besuchte er auch die Schulen und legte am traditionellen Schottengymnasium die Maturitätsprüfung ab. Nach Studien an der Universität Wien (1960-64) wurde er zum Doktor der Rechte promoviert. Daraufhin absolvierte er eine einjährige Gerichtspraxis, wobei er sich vor allem mit Strafsachen zu befassen hatte.

1966 verheiratete er sich. Der Ehe entsprossen zwei Kinder (Sohn Bernhard und Tochter Marianne, 1968, resp.1973 geboren). Schon während des Studiums interessierte sich Konrad Schima vor allem für Strafrecht, Kriminologie, Gerichtsmedizin und forensische Psychiatrie. 1964 bis 1965 war er deshalb neben seiner Gerichtspraxis halbtägiger Assistent am Institut für Kriminologie in Wien (Prof. Grassberger). 1965 wurde er ganztägiger Hochschulassistent.

1968 verfasste er, zusammen mit Manfred Burgstaller, eine Monographie über die Aussetzung der Entscheidung im Verfahren vor den Geschworenengerichten, wobei er besonders jene Geschworenengerichtsverfahren untersuchte, in denen der Berufsrichter die Entscheidung wegen Irrtums der Geschworenen ausgesetzt hatte.

Konrad Schima bildete sich vor allem auch auf dem Gebiete der Kriminalistik aus. 1965/66 war er während längerer Zeit in Wien auf den Abteilungen des Erkennungsdienstes der Bundespolizei-

direktion tätig, wo er sich über Daktyloskopie, Schusswaffenkunde, Handschriftenerkennung u.a. informierte. Aehnlich wie in der BRD Prof. Herren (Freiburg i.Br.) konnte er so vor allem die Bedeutung der Polizei für die Strafrechtspflege studieren. Er arbeitete in der Folge kriminologische Gutachten aus und wurde 1969 vom Handelsgericht Wien zum ständigen beeideten Sachverständigen für die Fächer "Kriminologie" und "Schriftfach" gewählt. 1972 beendete er seine Habilitationsschrift über "Erpressung und Nötigung"; es war dies die erste derartige Monographie in Oesterreich. 1973 wurde er aufgrund dieser Arbeit zum Universitätsdozenten ernannt. Im WS 1973/74 nahm er seine Lehrtätigkeit auf. Er hielt daraufhin in Oesterreich und der Bundesrepublik Deutschland eine Anzahl von Referaten und pflegte engen Kontakt mit Strafrechtspraktikern.

Auch die Viktimologie interessierte den jungen Wiener Gelehrten; so sprach er 1975 über "Den Beitrag des Opfers zur Verbrechensgenese".

Die Universität Linz berief K. Schima 1976/77 zum Lehrbeauftragten für Kriminologie. Am 9. Mai 1977 wurde er zum ausserordentlichen Professor für Kriminologie an der Universität Wien gewählt. Zum Schrifttum Konrad Schimas sei auf folgende Arbeiten verwiesen: "Die anonyme Erpressung", Möglichkeiten und Grenzen der Urkundenexpertise", Kriminologische Aspekte der Fahndung im Fernsehen, dargestellt am Beispiel der Sendung "Aktenzeichen XY... ungelöst", "Der Wirklichkeitsbezug in der neuen Kriminalsoziologie", "Ausbildung und Zulassung von Schriftsachverständigen in Oesterreich", Kriminalistische Untersuchung von Filmnegativen", "Entwicklungstendenzen in der Kriminologie", "Wahrscheinlichkeitsgutachten und Schriftvergleichung", "Frauenkriminalität in Oesterreich", "Kriminalität in Oesterreich", "Die Bindung des Sachverständigen an seinen Auftrag", "Der Sachverständige im Strafverfahren", "Das Verbrechensopfer und seine Erforschung", "Neue Wege in der Untersuchung von Prägespuren", "Schriftgutachten kein allein ausreichendes Beweismittel?", "Schreibhilfe bei der Errichtung von Testamenten", "Der radierbare Kugelschreiber".

Konrad Schimas Veranstaltungen als Dozent umfassten: Einführung in die Kriminologie, Seminare über Vernehmungskunde, Einführung in die Kriminalistik, Gegenwartsströmungen in der Kriminologie, Der kriminologische Sachverständige, Psychologie des Strafverfahrens, Einführung in die Handschriftvergleichung, Konversatorium aus Kriminalistik, Konversatorium aus Psychologie des Strafverfahrens.

Wir möchten auch an dieser Stelle der Familie des Verstorbenen unser herzliches Beileid aussprechen.

W.T.H.

Zum Tode von Max Rentsch, früherer Direktor der Strafanstalt Bellechasse

Den Freiburger Nachrichten vom 21.10.1982 entnehmen wir den folgenden Nachruf:

Gestern morgen ist Max Rentsch unerwartet im Alter von 67 Jahren gestorben. Er war von 1951 bis 1981 Direktor der Strafanstalt Bellechasse. Während dieser Zeit hat er den Wandel im Strafvollzug miterlebt und sich damit auch auseinandergesetzt. "Wer eine Anstalt führen und nicht nur verwalten will, muss mehr haben als ein juristisches Gewissen, nämlich ein Gewissen ohne Einschränkung." Dies sind Worte eines Gefängnisdirektors, der stets versuchte, Häftlingen mit Respekt zu begegnen und sie nicht als "minderwertig" zu betrachten.

Max Rentsch war Bauernsohn und trat seine Karriere auch in der Landwirtschaft an. Nach dem Besuch der Landwirtschaftlichen Schule in Grangeneuve absolvierte er das Polytechnikum in Zürich, wo er als Ingenieur Agronom abschloss. Es folgten - unterbrochen durch eine zweijährige Lehrtätigkeit an der Pflanzenbaustation von Grangeneuve - insgesamt sieben Jahre in Witzwil, wo er als Adjunkt von Direktor Hans Kellerhals den landwirtschaftlichen Betrieb leitete. Am 1. Mai 1931 trat er dann sein Amt als Direktor der Strafanstalt Bellechasse an. Dabei verstand er es als wichtigen Bestandteil seiner Aufgaben, das Vertrauen der Strafgefangenen zu gewinnen und in ihnen das Positive zu sehen. In seiner Funktion als Direktor der Strafanstalt war er auch massgeblich in den bäuerlichen Organisationen tätig und an Güterzusammenlegungen, Entwässerungen u.v.a.m. beteiligt.

Am 31. August des letzten Jahres trat Max Rentsch nach einem arbeitsreichen und vielseitigen Leben in den Ruhestand. Er hatte aber seine Kräfte für andere eingesetzt und konnte sich nun nur noch kurze Zeit an seiner Pensionierung erfreuen. Seit letztem Frühjahr hat er das Präsidium der Kirchgemeinde Murten übernommen. Max Rentsch war als guter und gradliniger Mensch anerkannt.

LA COMMISSION EUROPEENNE DES DROITS DE L'HOMME REJETTE UNE REQUETE FONDEE SUR L'ARTICLE 3 DE LA CONVENTION EUROPEENNE DE SAUVEGARDE DES DROITS DE L'HOMME ET DES LIBERTES FONDAMENTALES

Le requérant avait introduit une requête contre la Grande-Bretagne fondée sur l'article 3 de la Convention ("Nul ne peut être soumis à la torture ni à des peines ou traitements inhumains ou dégradants"). La requête a été rejetée le 10 juillet 1980.

La commission fonde sa décision de la manière suivante:

"... Toujours en invoquant l'article 3, le requérant se plaint aussi d'avoir été maintenu en isolement cellulaire pendant une durée prolongée (760 jours environ). Il prétend que cet isolement cellulaire lui a été imposé arbitrairement.

Le Gouvernement défendeur nie que ce traitement fût en quoi que ce soit arbitraire et il soutient que toute restriction à la liberté du requérant d'avoir des contacts avec d'autres détenus était due au fait que le requérant était classé comme détenu particulièrement dangereux figurant sur la liste des évasions et était sous le coup de diverses sanctions disciplinaires.

La Commission rappelle qu'elle a précédemment examiné de nombreuses requêtes relatives à des périodes de détention comportant 'un isolement cellulaire', 'la réclusion cellulaire' ou 'l'exclusion de la collectivité carcérale'. Elle a déclaré que séparer un détenu de la collectivité carcérale ne constitue pas en soi une forme de traitement inhumain.

Elle a toutefois établi une distinction nette entre, d'une part, un isolement social et sensoriel total et, d'autre part, l'exclusion de la collectivité carcérale pour des raisons de sécurité, de discipline ou de protection. Elle a déclaré que la première forme, qui peut détruire la personnalité et entraîner de graves souffrances mentales et physiques, constitue une forme de traitement inhumain qui ne saurait se justifier par les exigences de la sécurité ou le maintien de l'ordre et de la discipline pénitentiaires. ... Cependant, la dernière forme de mise à l'écart indiquée ci-dessus n'est pas habituellement considérée comme un traitement ou une peine inhumains. Pour apprécier un cas donné, il faut tenir compte des circonstances de l'espèce, notamment des conditions particulières, de la rigueur de la mesure, de sa durée, de l'objectif poursuivi et de ses effets sur l'intéressé. En outre, comme l'a souligné la Cour européenne des Droits de l'Homme, pour qu'un manquement à l'article 3 puisse être établi, un mauvais traitement doit atteindre un minimum de gravité.

En l'espèce, il ressort clairement des exposés des parties que les restrictions imposées à la participation du requérant au reste de la collectivité carcérale tenaient en grande partie au fait qu'il était classé comme détenu de 'Catégorie A' ou dangereux, figurant sur la liste des évasions. Vu les antécédents du requérant, les autorités pénitentiaires ont jugé nécessaire de le tenir à l'écart des autres détenus et de restreindre sa liberté de mouvement à l'intérieur de la prison. De plus, à cer-

taines occasions, les craintes des autorités pénitentiaires se sont trouvées confirmées, par exemple lorsqu'elles ont appris qu'il offrait ses services à d'autres détenus pour la fabrication d'explosifs et qu'à une autre occasion il fut impliqué dans un complot d'évasion. En outre, à la suite de sa mauvaise conduite alors qu'il se trouvait à la prison d'Albany, il s'est vu infliger 24 jours de réclusion cellulaire.

Pour apprécier la rigueur de la détention du requérant, la Commission doit aussi avoir à l'esprit que bien qu'il ait été exclu de la collectivité carcérale pendant de longues périodes, on ne peut pas dire que les conditions de sa détention ressemblaient à un isolement social et sensoriel. Ainsi les visites lui étaient autorisées normalement; il prenait chaque jour une heure d'exercice comme l'exige le règlement pénitentiaire, quelquefois avec d'autres détenus de 'Catégorie A'; il avait accès aux livres de la bibliothèque de la prison; il avait de quoi écrire et pouvait lire les journaux. Il pouvait aussi travailler dans sa cellule et assister aux offices dans la chapelle, encore que séparé du reste des détenus. D'ailleurs, au long de la période incriminée (17 juillet 1975 - 31 octobre 1977), le requérant a été logé normalement avec toute possibilité de contacts avec d'autres détenus, pendant 21 jours en septembre 1976 (prison d'Albany) et pendant 70 jours, de mars à juin 1977 (prisons de Gartree et de Long Lartin). Enfin, bien que le requérant semble avoir perdu du poids au cours de son incarcération, les parties ne font pas état dans leur argumentation d'aucun élément de caractère médical signalant des préoccupations quant au bien-être physique ou mental du requérant au cours de la période en cause.

Dans ces circonstances, si le requérant semble avoir été mis à l'écart pour une période d'une durée inhabituelle et regrettable, la Commission doit constater qu'on ne peut dire que cette mesure était arbitraire ou d'une rigueur telle qu'elle puisse tomber sous le coup de l'article 3 de la Convention. Ce grief doit donc lui aussi être rejeté comme manifestement mal fondé, au sens de l'article 27, paragraphe 2, de la Convention."

Tiré de: Décisions et Rapports du Conseil de l'Europe 21, p. 95 ss./
Informations de l'office fédéral de la Justice aux organes
de l'exécution des peines et mesures, 24/1982, p. 3 ss.

FRANCE: L'ASSEMBLEE NATIONALE TRAITE LA QUESTION DE L'INTRODUCTION
D'UNE PRESTATION DE TRAVAIL EN REMPLACEMENT DE L'EMPRISONNEMENT

Dans la contexte de la modification de certaines dispositions de la loi "sécurité - liberté" l'Assemblée nationale française s'est penchée en juillet 1982 sur un projet gouvernemental qui se propose de faire de la prestation de travail au profit de la collectivité une nouvelle sanction pénale. Nous publions ci-dessous la teneur de la disposition en question.

"Lorsqu'un délit est puni de l'emprisonnement, le tribunal peut également prescrire, à titre de peine principale, que le condamné accomplira, au profit d'une collectivité ou d'un établissement public ou d'une association, un travail d'intérêt général non rémunéré et d'une durée qui ne pourra être inférieure à quarante heures ni supérieure à cent vingt heures. Il fixe, dans la limite d'un an, le délai pendant lequel le travail doit être accompli. Le délai prend fin dès l'accomplissement de la totalité du travail d'intérêt général; il est éventuellement prolongé d'une durée égale à celle pendant laquelle le prévenu subit une incapacité totale de travail. Les modalités d'exécution de l'obligation d'accomplir un travail d'intérêt général sont déterminées par le tribunal, ou, à défaut, par le juge de l'application des peines. Il ne peut être fait application du présent article qu'en présence et avec l'accord du prévenu. Au cours du délai prévu par le présent article, le prévenu doit satisfaire aux mesures de surveillance déterminées par un décret en Conseil d'Etat."

Tiré de: Information de l'office fédéral de la Justice aux organes de l'exécution des peines et mesures, 24/1982, p . 5 s.

Vorlesungen und Seminare an Schweizer Universitäten im
WS 1982/83 im Fache Kriminologie und Strafvollzugskunde

Basel	Prof. D. Krauss Dr. P. Aebersold	Kriminologie Strafvollzug und Untersu- chungshaft (mit Besichtigungen)
Bern	--	
Zürich	Prof. G. Kaiser	Einführung in die Kriminologie
St. Gallen	--	
Eidg. Techn. Hochschule Zürich	--	
Genève	Prof. C.-N. Robert Prof. J. Bernheim	Introduction à la crimino- logie II Séminaire libre de crimino- logie clinique
Lausanne	Prof. M. Killias	Criminologie - pénologie
Neuchâtel	--	
Fribourg	Lb. Dr. J. Schuh	Kriminologie

Kriminologisches Kolloquium in Lausanne

Am 15. 10. 1982 führte das Institut de police scientifique et de criminologie der Universität Lausanne ein kriminologisches Kolloquium durch.

Folgende Referate wurden dabei gehalten

Zum Thema Jugenddevianz und Jugendanstalten:

- Dr. phil. des. Marlies Buchmann, Soziologisches Institut der Universität Zürich
"Biographische Entwicklung Jugendlicher und abweichendes Verhalten"
- Dr. iur. Marie Boehlen, alt Jugendanwältin, Bern
"Die Bewährung ehemaliger jugendlicher Heimzöglinge"

- Hannes Tanner, lic.phil., Pädagogisches Institut der Universität Zürich

"Das Erziehungsheim und seine Wirkung"

Zum Thema Soziale Konflikte und abweichendes Verhalten:

- Dr.phil. des. H. Zwicky, Soziologisches Institut der Universität Zürich

"Einkommensverteilung und Kriminalität"

- J.C. Deschamps, dr. en psych., Professeur à la Faculté des Sciences sociales et politiques, Université de Lausanne

"Déviance et conflit"

- Dr.phil. M. Sieber, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich

"Protesthaltungen und Devianz bei jungen Männern - eine sozialpsychologische Untersuchung"

Zum Thema Probleme in Therapie und Strafvollzug:

- Dr.phil. Harald K.-H. Klingenmann, Institut suisse de prophylaxie de l'alcoolisme, Lausanne

"Subkultur im Jugendstrafvollzug"

- Dr. Erwin Zimmermann, Ph.D., Institut de médecine légale, Université de Genève

"Les facteurs sociaux de la santé mentale. Un projet d'étude à la prison de Champ Dollon"

- Dr.med. Dagmar Zimmer-Höfler & Peter C. Meyer-Fehr, lic. phil., Psychiatrische Universitätsklinik Zürich

"Compliance und Motivationsentwicklung in der Behandlung von delinquenten Drogenabhängigen"

Zum Thema Wahrnehmung, Auffassung^{en} und Messung von Kriminalität:

- Robert Roth, dr. en droit, Rédaction "Déviance et Société"

"Aux origines de la criminologie: statistiques, enquêtes sociales et médecine pénitentiaire"

- Francine Soubiran, Maître-assistant, Centre d'étude de technique et d'évaluation législatives (CETEL), Université de Genève
"Presse régionale et mécanismes d'exclusion de l'auteur d'atteintes aux biens"
- Claudio Besozzi, lic.phil., Office fédéral de la statistique, Bern
"Vers une nouvelle conception de la statistique criminelle"

Die Redaktion des Krim. Bull. ist bemüht, möglichst viele Referenten dieser Tagung für die Publikation ihres Beitrages in dieser Zeitschrift zu gewinnen und dankt Prof. M. Killias für seine Vermittlungsbemühungen. In die vorliegende Nummer ist vorerst das Referat von Dr. Robert Roth aufgenommen worden. Ferner deckt sich der Aufsatz von Frau Dr. M. Boehlen weitgehend mit dem entsprechenden Referat in Lausanne.

Suite du résumé de l'article Roux de la page 72

Après des explications quant aux soins hygiéniques des prisonniers, formation professionnelle, bibliothèque, service d'assistance, sport, hobby, guides religieux etc., Roux nous parle de la libération conditionnelle et des possibilités de remise de peine.

Il est intéressant de savoir qu'avec un très bon comportement, une diminution spéciale de la peine est possible. Pour terminer Roux laisse entendre qu'il est absolument conscient de la difficulté des traitements en milieux fermés. Il indique les différents désavantages de ce système pénitentiaire; il serait utopique de vouloir abolir les prisons en tant qu'institutions pour la protection de la société.

Il dit: "on ne peut attendre réellement que la prison soit une machine dans laquelle on fait entrer des sujets négatifs et qu'il en sorte des sujets positifs. Il n'est pas si facile de changer les criminels si l'on tient compte de toutes leurs complexités. Le crime est un des phénomènes sociaux pathologiques les plus importants. Des traitements modernes, spécialement différenciés, dans des institutions thérapeutiques, avec pour but d'atteindre le délinquant dans ses problèmes individuels donnent la possibilité d'obtenir un succès. Mais la prison est et restera, en dernière instance, le résultat d'une traditionnelle étape mais n'est pas le meilleur lieu pour obtenir des résultats extraordinaires même avec les meilleurs traitements. Il n'y a pas de traitements magiques pour les délinquants et le crime restera un des comportements les plus difficiles à traiter."